

Worüber wir reden müssen

Was bedeuten neue vorgeburtliche Diagnose-Verfahren für die Gesellschaft?

Darüber diskutierten jetzt Experten auf einer Tagung.

Lebenschilfe - Zeitung
2/2017

Von Katrin Grüber

Ob, und wenn ja, an welchen Stellen kann die Gesellschaft auf die Anwendung nicht invasiver Pränataltests Einfluss nehmen? Wo kann Partizipation stattfinden? Wo hat sie eine Wirkung? Diese Fragen standen im Zentrum der diesjährigen Tagung des Institutes Mensch, Ethik und Wissenschaft (IMEW) im Juni in Berlin.

Dazu geforscht haben Dr. Sabine Könniger und Prof. Dr. Kathrin Braun, derzeit Mitarbeiterinnen des IMEW. Das zweijährige Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

Kathrin Braun und Sabine Könniger stellten Ergebnisse ihrer Forschung auf der Veranstaltung vor und diskutierten sie mit etwa 50 Vertretern von unterschiedlichen Organisationen und Gremien. Darunter waren Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, des Deutschen Ethikrates, des gen-ethischen Netzwerks, Vertreter von Fachverbänden, Beratungsstellen und viele andere.

Das Projekt hat gezeigt: Es gibt verschiedene Möglichkeiten der Partizipation. So sind Patientenvertreter Mitglied im Gemeinsamen Bundesausschuss, der über die Zulassung der nicht-invasiven Pränataldiagnostik entscheiden wird. Gleichzeitig melden sich Menschen öffentlich zu Wort; sie organisieren Kampagnen, Protestkundgebungen oder Veranstaltungen.

Das Problem sei aber, so Sabine Könniger, die öffentliche Diskussion habe erst stattgefunden, nachdem der Präna-Test in der Welt war. Vorher fehlten breite Informationen darüber. Erst durch die Medien wurde öffentlich, dass beispielsweise das BMBF die Einführung des Tests im Rahmen eines Projektes gefördert hatte. Deshalb konnte die grundsätzliche Frage: „Wollen wir als Gesellschaft diesen Test?“, nicht mehr gestellt werden, sondern nur die Frage:

„Wie wollen und wie sollen wir mit dem Test umgehen?“.

Das Resümee von Kathrin Braun: Die bisherigen Verfahren sind nicht geeignet, die ethischen und gesellschaftspolitischen Fragestellungen angemessen zu behandeln. Keine Stelle fühlt sich zuständig. Stattdessen werden andere aufgefordert, aktiv

stellen, dass Frauen dem Test beziehungsweise der Pränataldiagnostik umso skeptischer gegenüberstehen, je besser sie informiert sind.

Während der Schwangerschaft könnten jedoch zu viele Informationen manche werdende Mutter überfordern, so einige Tagungsteilnehmer. Deshalb seien frühe Informationen



zu werden. Gleichzeitig würden normative Entscheidungen getroffen, beispielsweise über die Förderungswürdigkeit von Testverfahren. Die öffentlichen Debatten wirkten sich nicht direkt auf die Nutzung des Tests aus.

Stattdessen, so die Wissenschaftsjournalistin Erika Feyerabend, nutzen die Unternehmen zahlreiche Möglichkeiten, um den Test zu verbreiten, beispielsweise mit Fortbildungen, um Ärzte von seinen Vorteilen zu überzeugen.

Auf der Tagung diskutiert wurde zudem die Frage, ob es einen geeigneten Zeitpunkt gibt, um Frauen über die Testmöglichkeiten zu informieren, so dass sie eine fundierte Entscheidung treffen können. Immerhin ist festzu-

über diese Themen, also bereits in der Schule, sinnvoll. Andere zweifelten daran, dass dieser frühe Ansatz eine nachhaltige Wirkung habe.

Bereits dieses Beispiel zeigt, wie wichtig ein Austausch ist, auch wenn es kein eindeutiges Ergebnis gibt. Die Tagung hat ein großes Bedürfnis nach Informationen, nach einem Austausch und nach Diskussionen deutlich gemacht. Das Institut wird sich auf jeden Fall weiter an der Debatte beteiligen.

Weitere Informationen sowie Hinweise zum Abschlussbericht des Projektes unter www.imew.de

Die Autorin ist Leiterin des Institutes Mensch, Ethik und Wissenschaft.